

Die Versammelten am „Runden Tisch“ vom 22.01.2004, DGB-Haus Aschaffenburg, wenden sich entschieden gegen die von der bayerischen Staatsregierung geplanten finanziellen Kürzungen auf dem Bildungssektor, gegen die angekündigten Arbeitszeitverlängerung der dort Beschäftigten und gegen die überhastete Einführung der Schulzeitverkürzung am Gymnasium.

1. Streichung bzw. Einschränkung der Lernmittelfreiheit stellt ein Schulgeld durch die Hintertür dar.
  2. Einführung von Studiengebühren geht auf Kosten der Studenten aus sozial schwächeren Familien, macht noch mehr Nebenjobs nötig und verlängert so die Studienzeit. Sie bedeutet einen Paradigmenwechsel weg vom öffentlich finanzierten und verwalteten Bildungssystem, hin zur individuellen Bildungsfinanzierung, hin zu seiner Umgestaltung in einen privatwirtschaftlichen Markt. Zudem schreckt sie Studierfähige vom Studium ab und verschärft so den Mangel an Akademikern (Lehrermangel!).
  3. Streichung der Gelder für Integrationsmaßnahmen an Volkshochschulen trifft die sozial schwachen Familien.
  4. Kürzung der Mittel für Aushilfsangestellte und unterhältig Beschäftigte bedroht die Flexibilität der Schulen, nimmt Arbeitsplätze und erhöht den Bedarf an Mehrarbeit.
  5. Kürzungen beim öffentlichen Personennahverkehr führen unter anderem zu weiteren Tarifsteigerungen bei der Schülerbeförderung.
  6. Kürzung von Anrechnungsstunden an allen Schularten bedeutet eine weitere Belastung der Lehrkräfte, die zusätzliche Aufgaben übernommen haben.
  7. Die Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie eine Präsenzpflicht für Lehrkräfte an den Schulen im Umfang von zwei Nachmittagen, die Verschiebung des Eintritts in den Ruhestand, Streichung der Altersermäßigung und die Einschränkung der Altersteilzeit trifft eine Berufsgruppe, die einen zu hohen Altersdurchschnitt hat, aber eigentlich sehr viel Kraft für bessere Qualität in Bildung und Erziehung aufbringen soll. Sie erschwert es erheblich, dass ältere Lehrkräfte entlastet werden und jüngere Lehrkräfte eingestellt.
  8. Bereits jetzt scheidet ein Großteil der Lehrkräfte krankheitsbedingt vorzeitig aus dem Dienst aus. Diese Entwicklung wird sich bei Realisierung der angekündigten Maßnahmen verschärfen.
  9. Die Qualität des Unterrichts wird sich durch erkrankte, angeschlagene und demotivierte Lehrkräfte verschlechtern. Leidtragende sind hierbei neben den Beschäftigten viele Schüler/innen und ihre Eltern. Geringeres Können und schlechtere Abschlüsse sind keine günstige Grundlage insbesondere bei Bewerbungen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze.
  10. Die Beschäftigten sollen mehr arbeiten, für die ohne Beschäftigung bleibt keine Arbeit. So bekämpft man die Arbeitslosen, nicht aber die Arbeitslosigkeit.
  11. Der Gesetzentwurf, der Kürzungen bzw. Streichungen für Beamte bei Weihnachts- und Urlaubsgeld beinhaltet, stellt unverhüllten Lohn- bzw. Gehaltsabbau dar und demotiviert die Beschäftigten im Bildungsbereich um ein Weiteres.
  12. Die Entscheidung für die Schulzeitverkürzung des Gymnasiums ist organisatorisch nicht durchdacht, kommt einseitig bestimmten Interessen der Privatwirtschaft entgegen und widerspricht zentralen Erkenntnissen über Defizite des bayerischen Bildungssystems (PISA). Sie verschärft den Auslesedruck, verringert die ohnehin niedrige Abiturientenquote und lässt noch weniger Zeit, Lernwege zu individualisieren. Statt eines Ganztagesangebotes, das über die kognitiven Bereiche hinausgeht, emotionales, soziales und globales Lernen berücksichtigt und vor dem Hintergrund steigender Gewalt unter Jugendlichen offene Jugendarbeit, Sozialarbeit und Schule integriert, wird allein die Unterrichtsphase auf den Nachmittag ausgedehnt.
  13. Anstatt Schule auch als Ort der Persönlichkeitsbildung und des sozialen Miteinanders zu sehen, verkürzt Stoiber bei der Begründung für die Einführung des G8 die Situation von Schülern auf gegenseitige Konkurrenz. Sein „Konzern Deutschland“ und seine „Bayern AG“ haben nichts mehr mit einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft zu tun.
- **Der öffentliche Bildungsbereich in Deutschland und besonders in Bayern braucht keine auch noch so moderaten Kürzungen, er braucht höhere Investitionen.**
  - **Arbeitszeitverlängerung und finanzielle Einbußen sind für die Beschäftigten im Bildungsbereich nicht hinnehmbar und wirken sich negativ auf die Bildungsqualität aus.**
  - **Die Abwälzung von Bildungskosten auf die einzelnen Bildungsnehmer treffen besonders die finanziell schwächeren Familien und verschärfen die soziale Schieflage im Bildungssystem.**
  - **Die wachsende Ökonomisierung des Bildungsbereiches verletzt das Menschenrecht auf freien Zugang zu Bildung und widerspricht einem demokratischen und humanistischen Bildungsbegriff.**

**Rücknahme der Entscheidung zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Bayern jetzt. Zeit für eine ausführliche, demokratische und öffentliche Diskussion der Schulzeitverkürzung. Einbeziehung aller Betroffenen.**

**Beibehaltung des Kurssystems an der gymnasialen Oberstufe.**

**Rücknahme der Kürzungspläne im öffentlichen Dienst**

**Steigerung statt Kürzung der Bildungsausgaben**

**Schaffung von wirklichen Ganztagesangeboten unter Einbeziehung außerschulischer Fachkräfte**

**Weg mit Büchergeld und Studiengebühren. Bildung muss steuerfinanziert bleiben! Erhaltet die Lehr- und Lernmittelfreiheit!**

**Weg mit den Plänen zur Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst.**

**Angemessene Anrechnungstunden für zusätzliche Aufgaben!**

**Weg mit Lohn-, Gehalts- und Zulagenkürzung.**

**Lehrermangel: Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen in Bildungseinrichtungen statt Druck teurer Werbehochglanzbroschüren.**

**Mehr Demokratie statt finanziell gedeckelter „Autonomie“ (Budgetierung) in den Schulen.**

**Umsetzung pädagogisch relevanter Erkenntnisse aus der PISA-Studie!  
Lasst Marktelemente in der Wirtschaft! Schluss mit der Ökonomisierung der Bildung!**

**Förderung statt Auslese - Solidarität statt Konkurrenz!**

**Geld ist genug da. Für eine entsprechende Besteuerung von Einkünften aus Vermögen, Gewinnen und Finanztransaktionen. Für eine Umverteilung von oben nach unten!**

**Keine Klasse über 20! SchülerInnen mit besonderem Förderungsbedarf sind mehrfach zu zählen.**

**Öffentlich finanzierte Schulsozialarbeit unter einbeziehung außerschulischer Fachkräfte.**

**Ausbau von Wahlmöglichkeiten zur Individualisierung von Lernwegen.**